



NIEDERSCHRIFT

über die 2. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 27.08.2019,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:40



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Lukas Hartmann

Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Sophia Maroc

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Lena Dürphold

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding



SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Prof. Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Lisa Rocker

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

FWG

Wolfgang Freiermuth

AfD

Christian Gies

Alfred Haas

Norbert Herrmann

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Tobias Schreiner



Bastian Stock

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Rechtsamt)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Hans Schlösser

(Rechnungsprüfungsamt)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Sandra Diehl

(Leiterin Pressestelle)

Dorothea Müller

(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Julia Westermann

(Hauptamt)

Willi Schmitt

(Vorsitzender Beirat für ältere Menschen)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

FWG

Michael Dürphold

Die PARTEI

Maximilian von Moers-Meißner Nicht entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Aktueller Stand zur Kommunal- und Verwaltungsreform Rheinland-Pfalz
Berichterstatter: Michael Mätzig und Fabian Kirsch, Geschäftsführende
Direktoren des Städtetages Rheinland-Pfalz
3. Dezernatsverteilung der Stadtverwaltung Landau in der Pfalz
Vorlage: 130/115/2019
4. Wahl des 3. ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt Landau
5. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2019 mit Nachtragsstellenplan
Vorlage: 240/108/2019
- 5.1. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2019 mit Haushaltsplan - Veröffentlichung und
Einwohnerbeteiligung
Vorlage: 240/109/2019
6. Wahl der Ausschüsse
Vorlage: 100/282/2019
7. Bildung eines Kommunalen Beirates für Menschen mit Behinderungen für die
Wahlperiode 2019/2024
Vorlage: 100/283/2019
8. Antrag des Beirates für ältere Menschen; Mitwirkung der Stadt Landau bei der
Erhaltung des Therapiebades im Bethesda Landau
Vorlage: 101/488/2019
9. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Mehr Dachbegrünung für Landau
Vorlage: 101/489/2019
10. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Herausstellung des Deutschen Tores
Vorlage: 101/490/2019
11. Entwicklung des Siedlungsflächenpotenzials im Südwesten der Landauer
Kernstadt; Fortentwicklung der Zielsetzungen für den städtebaulichen und
freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb
Vorlage: 610/569/2019
12. Bauvoranfrage zur Aufstockung des bestehenden Verwaltungsgebäudes auf
dem Grundstück Fl. Nr. 1022/17 im Wohnpark Am Ebenberg
Vorlage: 630/381/2019



13. Bauantrag zum Neubau eines Betriebsgebäudes zur Postverteilung auf den Grundstücken Fl. Nrn. 3363/8 und 3886/1 in Landau in der Pfalz
Vorlage: 630/382/2019
14. Verschiedenes
15. Verabschiedung des ehrenamtlichen Beigeordneten, Herrn Rudi Klemm
16. Ernennung des 3. ehrenamtlichen Beigeordneten, Vereidigung, Übertragung eines Geschäftsbereiches und Einführung in das Amt



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner regte an, in der durch die Ringstraßen begrenzten Innenstadt 1.000 neue Bäume zu pflanzen. Der innerstädtische Baumbestand sollte zu einem Markenkern der Stadt werden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man in dieser Frage bereits einiges auf den Weg gebracht habe.

Ein weiterer Einwohner erkundigte sich nach dem Stand zur geplanten Wohnungsbaugesellschaft.

Der Vorsitzende erläuterte, dass die Aufsichtsbehörde dies zunächst in der Rechtsform des Eigenbetriebs Gebäudemanagement sehe. Dafür sei der Kreditrahmen erhöht worden. Dies habe man so umgesetzt und jetzt auch das erste kommunale Bauvorhaben gestartet. Nun werde man auch auf der Grundlage des Koalitionsvertrages in den nächsten Jahren prüfen, ob man dies in eine eigene Rechtsform übertrage oder es beim GML belasse.

Der Vorsitzende des Festungsbauvereins teilte mit, dass der Festungsbauverein als Denkmalpflegeorganisation anerkannt worden sei.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Aktueller Stand zur Kommunal- und Verwaltungsreform Rheinland-Pfalz

Berichterstatter: Michael Mätzig und Fabian Kirsch, Geschäftsführende Direktoren des Städtetages Rheinland-Pfalz

Der Vorsitzende begrüßte die beiden geschäftsführenden Direktoren des Städtetages Rheinland-Pfalz, Michael Mätzig und Fabian Kirsch. Das Thema Kommunal- und Verwaltungsreform sei von großer Bedeutung für unsere Stadt. Es sei davon auszugehen, dass schon relativ bald konkrete Entscheidungen auf den Weg gebracht werden sollen.

Herr Kirsch erinnerte daran, dass es zwei Stufen der Kommunal- und Verwaltungsreform gebe. Die Stufe I, die ab 2009 laufe und die Verbands- und Ortsgemeinden betreffe, sei derzeit immer noch nicht abgeschlossen. Für die zweite Stufe ab 2015 habe es Absprachen der Parteien gegeben. Es sei gemeinsam ein Gutachten beauftragt worden. Es gebe mehrere Grundannahmen in dem Hauptgutachten. Ein Reformbedarf bestehe, weil in den vergangenen 30 Jahren auf Stadt- und Kreisebene keine großen Reformen durchgeführt worden seien. Das Gutachten gehe auch davon aus, dass der Verschuldungsproblematik der Kommunen in Rheinland-Pfalz wirksam begegnet werden müsse und durch eine Vergrößerung der Gebietsstrukturen eine Fusionsrendite erreicht werden könne. Das Gutachten fokussiere sich auch deutlich auf die Strukturen im Landkreis. Dabei würden die Gutachter davon ausgehen, dass kreisfreie Städte dann Teile der Landkreise seien. Auch werde davon ausgegangen, dass die Gebietsstrukturen in Rheinland-Pfalz zu kleinteilig seien. Das Land Rheinland-Pfalz sei in seiner Struktur relativ weit gegliedert. Von den Ortsgemeinden über die Verbandsgemeinden, verbandsfreie Gemeinden, kreisfreie Städte, Landkreise, Mittelbehörden bis zu den oberen Landesbehörden und Ministerien. Das Gutachten sehe bei den Mittelbehörden keinerlei Änderungen vor. Befasst habe sich das Gutachten auch mit Kooperationslösungen. Allerdings sähen die Gutachter in Kooperationsmodellen keine wirklichen Alternativen, um breite Aufgabenbündel flächendeckend abzudecken. Die Gebietsreform werde grundsätzlich als wesentlicher Ansatz dargestellt. Dabei würden eine Reihe von Vorfestlegungen getroffen. Es seien zwei mögliche Szenarien entwickelt worden. Das eine Szenario sei eine Gesamtoptimierung mit 5 kreisfreien Städten und 14 Landkreisen, das andere eine Dringlichkeitsoptimierung mit ebenfalls 5 kreisfreien Städten aber 19 Landkreisen. Dabei würden die Gutachter davon ausgehen, dass die Einkreisung der kreisfreien Städte die Überlebensfähigkeit der Kreise sichere. Eine interkommunale Zusammenarbeit, die Möglichkeiten der Digitalisierung und alternative Organisationsmodelle würden eine absolut untergeordnete Rolle in dem Gutachten spielen. Aus Sicht des Städtetages werde die Funktion der Städte nicht gesehen. Das Gutachten nenne aus Sicht der Städte keinen einzigen Vorteil für eine Einkreisung, geschweige denn werde es mit konkreten Zahlen untermauert. Die Entscheidungsspielräume der Städte würden weiter eingeengt. Auch fiskalisch wisse niemand was passieren solle. Altschulden würden bei den Städten verbleiben und es würde eine Kreisumlagebelastung hinzukommen. Daher dürfe es keine Reformen ohne Bürgerbeteiligung geben, die interkommunale Zusammenarbeit müsse als gleichwertige Alternative anerkannt werden und die kommunale Selbstverwaltung müsse gestärkt werden.

Ratsmitglied Hartmann dankte für die umfassende Analyse. Es könne nicht das Anliegen des Stadtrates sein, Kompetenzen abzugeben. Die Kleinteiligkeit in Rheinland-Pfalz, die Größe der kreisfreien Städte dürfe nicht entscheidend sein. 100.000 Einwohner, wie im



Gutachten genannt, seien keine logische Grenze. Es gebe keinen Grund, Landau die Kreisfreiheit wegzunehmen. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion lehne eine Zwangsfusion ab.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass man sich als gewählte Vertreter der Stadt Landau überlegen müsse, was für Landau am besten sei. Fakt sei, dass gerade kleinere Städte wie Neustadt oder Landau mit die geringste Verschuldung hätten. Dies sei ein Beleg dafür, dass auch in kleineren Städten wirtschaftlich gut gearbeitet werden könne. Es sei ja im Moment einiges in der Diskussion. Die Frage sei in der Tat, was für Landau am besten sei. Daher die konkrete Frage, was der Städtetag für Landau empfehlen würde.

Ratsmitglied Maier hielt es grundsätzlich für eine sinnvolle Sache, dass man sich auf Landesebene parteiübergreifend darauf verständigt habe, sich die Strukturen genauer anzusehen. Gerade in der Pfalz gebe es noch historisch bedingt eine recht kleinteilige Struktur. Gerade auch Fragen wie eine interkommunale Zusammenarbeit sollte man diskutieren, zum Beispiel beim Straßenbau.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass größer nicht automatisch besser bedeute. In Landau sei man mit der Kreisfreiheit gut gefahren. Seine Frage gehe dahin, ob es Bundesländer gebe, in der es Fusionsrendite gegeben habe.

Ratsmitglied Gies stellte fest, dass es bei schwierigen Fragen eben nicht immer einfache Antworten gebe. Die AfD-Stadtratsfraktion sei der Meinung, dass Landau kreisfrei bleiben sollte.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion Bürgernähe und Transparenz bei politischen Entscheidungen die Maxime sei. Dieses Gutachten sei am grünen Tisch erstellt worden, man habe vor Ort aber eine andere Perspektive. Es sei ja fraglich, ob dies tatsächlich billiger werden würde.

Ratsmitglied Schreiner gab zu bedenken, dass man ja ungern Kompetenzen abgebe. Ein wichtiger Punkt sei die Bürgerbeteiligung, dies müsse man in die Entscheidung einfließen lassen.

Ratsmitglied Silbernagel stellte die Frage in den Raum, ob es überhaupt einen Reformbedarf gebe oder man nicht eine Reform der Reform willens anstrebe. Landau funktioniere als große Einheit. Aus einer Reform müssten Synergieeffekte erwachsen. Seine Frage sei, wie der weitere Zeitrahmen aussehe.

Herr Kirsch stellte zunächst fest, dass grundsätzlich für eine Interkommunale Zusammenarbeit alles in Frage komme. Dort wo es sehr viele Schnittstellen mit umliegenden Verbandsgemeinden gebe, müsse man genauer hinsehen. Es zeige sich immer, dass je größer die Gebietseinheit ist, desto entfremdeter ist es bei den Menschen. Je weiter Politik weg sei, umso kritischer werde sie auch gesehen. Das Thema Verschuldung sei im Gutachten nicht beleuchtet, sei aber auch nicht Gegenstand der Beauftragung gewesen. Das Land werde kein Geld für eine Entschuldung der Kommunen in die Hand nehmen. Im Moment sei man im Prozess der Gutachtenerstellung. Einen konkreten Zeitrahmen zur Umsetzung gebe es nicht.

Herr Mätzig ergänzte, dass kreisfreie Städte viel mehr Steuerungsmöglichkeiten hätten. Der Bürger frage natürlich schon, was eine Einkreisung bringe. Es gebe bei Landau kein einziges Argument für eine Einkreisung. Man müsse fragen, ob Landau im wirtschaftlichen Abschwung sei. Dies sei ja eher nicht der Fall. Daher komme aus seiner



Sicht eine Einkreisung für die Stadt Landau nicht in Frage. Wichtig sei, dass die Stadt Landau nicht nur einen Abwehrkampf führe, sondern sich positiv darstelle.

Der Vorsitzende dankte den Vertretern des Städtetages für die Darstellung des derzeitigen Standes. Die Ratsmitglieder müssten dies nun bewerten, damit man im weiteren Diskussionsverlauf tätig werden könne.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Dezernatsverteilung der Stadtverwaltung Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Organisationsabteilung vom 1. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Hinsichtlich der Aufgabenzuweisung im Dezernat IV bleibe der Aufsichtsrat der Stadtholding natürlich in seiner Entscheidung frei, wen er zum Aufsichtsratsvorsitzenden wähle. Er bestimme aber den ehrenamtlichen Beigeordneten zum Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat.

Ratsmitglied Saßnowski erklärte, dass der vorgelegte Dezernatsverteilungsplan eine sinnvolle und nötige Anpassung an die neue Situation sei. Es sei kein „Wünsch-dir-was“ – Plan, sondern eine faire Verteilung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Das Dezernat III sei für die Grünen die Schnittstelle für Klimaschutzmobilität. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass sich der Umfang und die Zusammensetzung des Stadtvorstandes in anderen kreisfreien Städten bewährt habe. Mit dem vorlegten Dezernatsverteilungsplan sei eine gute Balance gefunden worden. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Maier sah in dem vorgelegten Plan viele offene Fragen. So sei nicht nachvollziehbar, warum der künftige hauptamtliche Beigeordnete Mobilitätsdezernent und Vorsitzender des Mobilitätsausschusses werden solle, die Fachabteilung aber Teil des Bauamtes und damit im Dezernat des Oberbürgermeisters bleibe. Es zeige sich, dass wichtige Entscheidungen künftig der Oberbürgermeister treffen werde. Auch bei der Universität seien alle Entscheidungen künftig beim OB. Dies mache so alles keinen Sinn. Einen solch schlechten Dezernatsverteilungsplan lehne die SPD-Stadtratsfraktion natürlich ab.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man auch in den vergangenen Jahren immer dezernatsübergreifend sehr gut zusammengearbeitet habe. Bei allem Verständnis, dass die Opposition hier einen Keil in den Stadtvorstand treiben wolle, sei er sicher, dass dies auch in den nächsten Jahren so sein werde.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass die Projektgruppe Landau baut Zukunft nicht auslaufen sollte. Dies habe in den vergangenen Jahren sehr gut funktioniert. Er finde es auch nicht gut, dass man eine Universitätsbeauftragte installiere. Dies hätte der Dezernent sehr gut miterledigen können. Daher lehne die FWG-Stadtratsfraktion die Vorlage ab.

Ratsmitglied Gies war der Meinung, dass die Aufgabenverteilung in dem vorgelegten Dezernatsverteilungsplan sinnvoll und schlüssig sei. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass durch den neuen Dezernatsverteilungsplan die Stellung des Oberbürgermeisters gestärkt und die Stellung des Bürgermeisters geschwächt werde. Dahingehend sei die Zuständigkeit des ehrenamtlichen Beigeordneten sehr wenig, die Stelle damit überflüssig. Dies gelte auch für die Stelle der Universitätsbeauftragten, die man auch nicht brauche. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.



Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass der neue Dezernatsverteilungsplan die neuen Verhältnisse im Stadtrat widerspiegele. Die Gewichtung der Aufgaben sei passend und stimmig. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Schreiner schloss sich der Kritik an der ungleichen Verteilung der Aufgaben bei der Dezernatsverteilung an. Aus seiner Sicht hätten sich die Grünen über den Tisch ziehen lassen. Die LINKE-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja- und 15 Nein-Stimmen:

der Dezernatsverteilung für die Stadtverwaltung Landau in der Pfalz in der beigefügten Fassung einschließlich den in der Begründung enthaltenen organisatorischen Veränderungen zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Wahl des 3. ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt Landau

Der Vorsitzende erläuterte zunächst das Wahlverfahren für die Wahl des Beigeordneten der Stadt Landau und teilte mit, dass sein Stimmrecht ruhe.

Er teilte mit, dass die FDP-Stadtratsfraktion Herrn Alexander Grassmann zur Wahl vorgeschlagen habe.

Der Vorsitzende berief die Ratsmitglieder Hermann Demmerle und Paule Albrecht als ältestes und jüngstes Ratsmitglied in die Stimmzählkommission.

Der vorgeschlagene Bewerber Alexander Grassmann stellte sich dem Stadtrat vor.

Herr Grassmann erklärte, dass er nach dem Anruf von Herrn Silbernagel und dessen Frage, ob er bereit sei das Amt des ehrenamtlichen Beigeordneten zu übernehmen, nicht habe lange überlegen müssen. Es sei dies eine Aufgabe, die er sehr gerne übernehmen würde. Die Entwicklung der Stadt liege ihm sehr am Herzen. Er wolle mit dem Rat und den Ratsmitgliedern gemeinsam gestalten. Der in der letzten Sitzung beschlossene Klimanotstand sei eine Herkulesaufgabe. Man werde Entscheidungen treffen müssen, die man so bisher nicht kenne.

Der Vorsitzende zeigte den Ratsmitgliedern die leere Wahlurne und verschloss diese.

Der Vorsitzende eröffnete dann den Wahlgang.

Die Ratsmitglieder gingen zur Kennzeichnung der Stimmzettel in die Wahlkabine und warfen die Stimmzettel in die Wahlurne. Der Schriftführer vermerkte vor dem Einwurf der Stimmzettel die Stimmabgabe.

Nachdem alle Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben hatten, schloss der Vorsitzende den Wahlgang.

Der Vorsitzende öffnete die Wahlurne und entnahm die Stimmzettel. Er stellte fest, dass alle anwesenden 42 Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben haben.

Er öffnete die Stimmzettel und verlas laut die jeweilige Stimmabgabe.

Nachdem alle Stimmzettel ausgezählt waren, gab der Vorsitzende das Ergebnis der Wahl bekannt:

Abgegebene Stimmen:	42
Enthaltungen:	1
Ungültige:	0
Ja:	26
Nein:	15

Der Vorsitzende stellte fest, dass **Herr Alexander Grassmann** somit zum **3. ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt Landau in der Pfalz** gewählt ist.

Der Vorsitzende fragte Herrn Grassmann, ob er die Wahl annehme.



Herr Grassmann erklärte, dass er die Wahl annehme und bedankte sich für das Vertrauen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

1. Nachtragshaushaltssatzung 2019 mit Nachtragsstellenplan

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 31. Juli 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Nach Beschluss der Hauptsatzung müsse nun bei der Aufsichtsbehörde ein entsprechender Stellenplan vorgelegt werden, in dem das vierte Dezernat abgebildet sei. Daneben habe man zusätzliche Stellen durch den Ausbau der Bürgerbeteiligung, eine weitere halbe Stelle beim Gremienbüro und eine neue Stelle für das Tax Compliance vorgesehen.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion dem Nachtragshaushaltsplan nicht zustimmen werde. Es seien immense Kosten für zusätzliche Stellen eingeplant, die so nicht vertretbar seien.

Ratsmitglied Dr. Migl teilte mit, dass auch die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Man sei insbesondere mit der Ausweitung des Stadtvorstandes nicht einverstanden.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja- und 15 Nein-Stimmen:

die 1. Nachtragshaushaltssatzung und stimmt den Änderungen im Nachtragsstellenplan zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5.1. (öffentlich)

1. Nachtragshaushaltssatzung 2019 mit Haushaltsplan - Veröffentlichung und Einwohnerbeteiligung

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Kämmereiabteilung vom 27. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 5 verwiesen.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Wahl der Ausschüsse

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 15. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er wies darauf hin, dass beim Schulträgerausschuss beim Vorschlag der CDU-Fraktion anstelle von Frau Franziska Hauptmann Herr Ralf Eggers als Mitglied gewählt werden soll. Weiter wies er darauf hin, dass der Umlegungsausschuss nicht gewählt werden könne, da die eingereichten Vorschläge nicht in Gänze den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.

Der Stadtrat wählt einstimmig per Beschluss

aufgrund des dieser Sitzungsvorlage in der Anlage beigefügten gemeinsamen Wahlvorschlags die Mitglieder der Ausschüsse, Zweckverbände und Gremien.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Bildung eines Kommunalen Beirates für Menschen mit Behinderungen für die Wahlperiode 2019/2024

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 15. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. für die Wahlperiode 2019/2024 des Stadtrates einen Kommunalen Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) zu bilden.
2. Er entsendet folgende Vertreter der Fraktionen des Stadtrates in den Beirat:
 - Für die GRÜNE-Stadtratsfraktion: Herrn Christian Kolain
 - Für die CDU-Stadtratsfraktion: Frau Susanne Burgdörfer
 - Für die SPD-Stadtratsfraktion: Herr Hans Peter Thiel
 - Für die FWG-Stadtratsfraktion: Herrn Michael Dürphold
 - Für die AfD-Stadtratsfraktion: Herrn Alfred Haas
 - Für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion: Frau Andrea Kleemann
 - Für die FDP-Stadtratsfraktion: Herrn Jochen Silbernagel
 - Für die LINKE-Stadtratsfraktion: Herrn Tobias Schreiner



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag des Beirates für ältere Menschen; Mitwirkung der Stadt Landau bei der Erhaltung des Therapiebades im Bethesda Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Beirates für ältere Menschen vom 7. August 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Schmitt, Vorsitzender des Beirates für ältere Menschen, begründete den Antrag. Es gebe mittlerweile in Landau eine Initiative, die sich für den Erhalt des Bades einsetze. Das Bad sei über 30 Jahre alt und marode. Trotz mehrmaliger Nachfrage habe man keine Auskunft erhalten, wie hoch die Summe wäre, die investiert werden müsste. Auch über die Höhe der Betriebskosten, die beim Erhalt des Bades oder einem neuen Bad anfallen würden, habe man keine Aussage erhalten. Man habe auch nicht erfahren, wie die Nutzerzahlen für das Bad seien. Diese Auskünfte habe der Beirat nicht erhalten, daher der Antrag, dass die Stadt sich hier einschalte. Es gebe hier ohne Zweifel einen berechtigten Bedarf.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man auf das Bethesda als freien kirchlichen Träger keine Einflussmöglichkeit habe. Natürlich habe man dennoch Gespräche geführt. Das Problem sei in der Tat, dass die Bausubstanz des bestehenden Bades marode sei. Therapiebäder seien im Übrigen keine primäre kommunale Aufgabe. Im Rahmen unserer Möglichkeiten könne man dennoch schauen, was es für Alternativen gebe. Dies könne man aufbereiten und dem Beirat mitteilen. Insofern sehe er dies als Prüfauftrag an die Verwaltung.

Ratsmitglied Maier hoffte, das man hier eine Lösung finde und Synergieeffekte bei anderen Bädern nutzen könne.

Ratsmitglied Herrmann hatte kein Verständnis, dass für ältere Menschen kein Geld da sein soll. Es gebe hier auch eine Fürsorgepflicht für ältere Menschen. Man sollte dieses Bad nicht auslagern, dies sei älteren Menschen gerade im Bethesda nicht zuzumuten.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte, ob nicht eine Zusammenarbeit zwischen Bethesda und Klinikum möglich wäre.

Bürgermeister Dr. Ingenthron hielt dies für äußerst unrealistisch.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag des Beirates für ältere Menschen zum Erhalt des Therapiebades im Bethesda wird als Prüfauftrag angenommen. Gegenstand der Prüfung ist die Frage, ob es Synergieeffekte mit anderen Bädern geben könne.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Mehr Dachbegrünung für Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10. August 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Die Stadt sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und ihre öffentlichen Flächen begrünen. Man könne hier mehr machen, man müsse es aber wollen. Der Pflegeaufwand werde aber sicher höher sein.

Der Vorsitzende unterstrich, dass es hier bereits Prüfungen gebe.

Ratsmitglied Heidbreder hatte den Eindruck, dass die SPD offenbar ihre soziale Ader widerentdecke. Mit dem Prüfauftrag renne man sicher bei der Verwaltung offene Türen ein. Es sei die Frage, was man in Landau umsetzen könne. Dies zu prüfen mache zweifellos Sinn. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme dem Prüfauftrag zu.

Ratsmitglied Löffel erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimme. Man sollte auch die Nutzung von Sonnenenergie mit in die Prüfung aufnehmen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass der Antrag in jedem Fall Sinn mache. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Gies begrüßte den Antrag. Nach der Ausrufung des Klimanotstandes müssten nun auch Taten folgen. Gerade Dachbegrünung sei ökologisch wertvoll. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Migl regte an, auch bei der Überarbeitung von alten Bebauungsplänen entsprechende Dachbegrünungen vorzusehen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Wissing stimmte für die FDP-Stadtratsfraktion ebenfalls zu.

Ratsmitglied Schreiner schloss sich den Vorrednern ebenfalls an. Mehr Dachbegrünung Sorge für ein besseres Stadtklima. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung folgende Maßnahmen zur Förderung von Dachbegrünung in der Stadt Landau zu prüfen:

- Bei neuen Bebauungsplänen wird festgeschrieben, dass Garagen und Carports mit Flachdächern begrünt werden müssen.
- Die Stadt Landau wird neue Bushaltestellen ab sofort so planen, dass die Dächer begrünt werden.
- Bei Neubauten städtischer Gebäude mit Flachdächern soll konsequent für Dachbegrünung gesorgt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Herausstellung des Deutschen Tores

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 18. August 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Der Antrag basiere auf eine Anregung des Festungsbauvereins. Es gehe darum, dass beim Deutschen Tor mehr möglich wäre. Zum Beispiel könnte man den ehemaligen Graben wieder freilegen. Eine bessere Sichtbarmachung des Deutschen Tores könnte ein Gewinn für Landau sein. Es sei klar, dass bei diesem Prüfauftrag einiges zu bedenken sei, z.B. auch ob es Fördermöglichkeiten gebe. Er wisse, dass dies ein größerer und umfassenderer Prüfauftrag sei. Man wolle nichts anderes, als sich dies mal genauer anzuschauen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man bei der Festung das Augenmerk bisher auf die Lunette 41 gelegt habe. Klar sei, dass man der historischen Bedeutung der Festung künftig mehr Bedeutung zukommen lassen wolle. Man könne in diesem Fall nicht mehr machen, als zu prüfen. Es gebe nicht nur naturschutzrechtliche Belange. So müsse man auch schauen, was die Generaldirektion Kulturelles Erbe dazu sage.

Ratsmitglied Heidbreder war der Auffassung, dass das Deutsche Tor relativ gut präsentiert werde. Das größere Problem sei aus ihrer Sicht die fehlende Gastronomie. Die Festung sei zweifellos ein wichtiger Tourismusmagnet für Landau. Sie halte es für sinnvoll, mit dem eigentlichen Ideengeber dieses Antrages, dem Festungsbauverein, ins Gespräch zu kommen. Wichtig sei, dass keine Bäume gefällt werden. In diesem Sinne stimme die GRÜNE-Stadtratsfraktion dem Prüfauftrag zu.

Ratsmitglied Lerch stimmte für die CDU-Stadtratsfraktion dem Prüfauftrag zu.

Ratsmitglied Freiermuth fand dies einen interessanten Prüfantrag. Richtig sei, dass keine Bäume darunter leiden dürften. Das Deutsche Tor an dieser Stelle herauszustellen und für den Bürger sichtbar zu machen, sollte in jedem Fall möglich sein.

Ratsmitglied Gies betonte, das Festung und Deutsches Tor zur Geschichte Landaus gehören. Dies sollte in jedem Fall herausstechen unter dem Erhalt des Baumbestandes. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme dem Prüfauftrag zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass im Sinne des historischen Bewusstseins eine Aufwertung des Deutschen Tores sehr wünschenswert wäre. Es seien hier verschiedene Aspekte abzuwägen. Man sei natürlich auch dafür, den alten Baumbestand zu erhalten. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme dem Prüfauftrag zu.

Ratsmitglied Silbernagel stimmte für die FDP-Stadtratsfraktion ebenfalls dem Prüfauftrag zu. Ohne Zweifel sei das Deutsche Tor ein repräsentatives Bauwerk der Stadt Landau, dass man immer wieder aufwerten sollte.

Ratsmitglied Schreiner unterstützte für die LINKE-Stadtratsfraktion den Prüfauftrag ebenfalls.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung prüft Möglichkeiten, das Deutsche Tor besser herauszustellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Entwicklung des Siedlungsflächenpotenzials im Südwesten der Landauer Kernstadt; Fortentwicklung der Zielsetzungen für den städtebaulichen und freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 21. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Verwaltung habe derzeit noch den alten Auftrag, der von einer größeren Fläche ausgehe. Daher brauche man heute einen neuen Auftrag des Rates zur Fortentwicklung der Zielsetzungen für den städtebaulichen Realisierungswettbewerb. Am 17. September 2019 sei eine Ortsbegehung durch das künftige Viertel geplant mit einem anschließenden Workshop.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass Ausgangspunkt der Druck auf dem Wohnungsmarkt gewesen sei. Für diese Erkenntnis bedürfe es keiner Analyse einer Bevölkerungsentwicklung. Ursprünglich sei man von 100 Hektar ausgegangen, die dann auf 45 Hektar reduziert worden seien. Ganz wesentlicher Punkt der Diskussionen der letzten drei Jahre sei die Bebauungsdichte gewesen. Vor diesem Hintergrund habe die neue Koalition einen Kompromiss erarbeitet zu einem „Europaviertel“ mit einer Fläche für eine Bebauung von 13 Hektar. Rahmenbedingungen seien weiterhin eine 33 %-Quote für sozial geförderten Mietwohnungsbau, eine bestmögliche Erschließung und die Prüfung, ob ein Studentenwohnheim möglich ist. Für all dies gebe es heute diese Vorlage. Dieser Kompromiss bringe die verschiedensten Interessen auch der Menschen in dieser Stadt zusammen. Es sei der Fraktion der Grünen seit 2017 immer klar gewesen, dass es keine Mehrheit gebe um dieses Viertel komplett zu stoppen. Seit dieser Zeit gehe es den Grünen um ein besseres Viertel. Und genau dies sei mit dieser Vorlage möglich.

Ratsmitglied Löffel unterstrich, dass man sich in der Koalition an dieser Stelle und in dieser Frage zusammengerauft habe. Das Viertel solle nun auf 13 Hektar verdichtet entwickelt und zwischen 800 und 1.000 Wohneinheiten geschaffen werden. In der Auslobung müsse man in jedem Fall auch den Verkehrsfluss in die Stadt hinein und aus der Stadt heraus betrachten. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Maier betonte, dass sich die SPD-Stadtratsfraktion in den Sachfragen konstruktiv einbringen werde. Neu sei jetzt die hohe Wohnungsdichte bei bis zu 5 Geschossen. Es sei fraglich, ob dies in die Landschaft passe. Seine Fraktion schlage vor, aus dem vorgesehenen Realisierungswettbewerb einen Ideenwettbewerb zu machen. Nicht ganz schlüssig sei, was mit verkehrsberuhigt gemeint sei und wie sich das Preisgericht zusammensetze. Die SPD-Stadtratsfraktion schlage vor, sich mit dieser Vorlage noch vier Wochen länger Zeit zu nehmen und es im Bauausschuss miteinander zu besprechen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass sich ja am Verfahren nichts ändere. Die Inhalte würden in den Auslobungstext einfließen und der werde selbstverständlich im Bauausschuss besprochen.

Ratsmitglied Freiermuth machte deutlich, dass man 5 Hektar beschlossen habe. Alles andere habe man auf Halte gesetzt. Der jetzt vorgeschlagene Name „Europaviertel“ sei nichtssagend, mit dem man nichts anfangen könne. Man müsse aufpassen, dass man die Verdichtung nicht zu massiv mache. Die FWG-Stadtratsfraktion sehe einige kritische Punkte und lehne daher die Vorlage in dieser Form ab.



Ratsmitglied Herrmann stellte fest, dass es in Landau praktisch keine bezahlbaren Wohnungen gebe. Man müsse auch an ältere Menschen denken, die nicht nur Wohnungen, sondern vielleicht auch kleinere Häuser brauchen. Er sei der Meinung, dass ein Viertel in der Form wie es geplant sei nicht tragbar sei. Es sollte eine Wohngegend für junge Familien und ältere Menschen mit Einzelhausbebauung entstehen. Die AfD-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass sie vor einem Beschluss über ein Preisgericht erst mal aktuelle Informationen über den derzeitigen Stand benötige. Die betroffenen Flächen seien im Regionalplan nach wie vor unter besonderem Schutz als Grünzug. Wenn man es mit dem ausgerufenen Klimanotstand ernst meine, dann müsse man überprüfen, ob eine Versiegelung dort wirklich sein müsse. Sie fordere auch noch einmal eine Überprüfung des Bedarfs. Ein weiterer Gesichtspunkt sei, dass eine Blockrandbebauung an dieser Stelle nicht sinnvoll sei. Die Vorlage sollte nochmals in Details besprochen werden und daher in den Bauausschuss verwiesen werden.

Ratsmitglied Silbernagel hielt die bisherige Beschlusslage für obsolet. Man brauche Bauland und brauche in absehbarer Zeit Ergebnisse. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Schreiner betonte, dass Wohnraum notwendig sei. Dieses Gebiet aber scheine auf junge Menschen mit hohem Einkommen zugeschnitten zu sein. Ihm sei auch eine Quote von 50 % sozialem Wohnbau wichtig, was hier ebenfalls nicht vorgesehen sei. Die LINKE-Stadtratsfraktion unterstütze den Vorschlag, es zunächst in den Bauausschuss zu verweisen.

Der Vorsitzende machte nochmals deutlich, dass inhaltliche Dinge im weiteren Verfahren besprochen und in die Bürgerbeteiligung eingebracht werden könnten.

Ratsmitglied Maier unterstrich, dass man als SPD-Fraktion gerne einen fairen Austausch wolle. Man habe hier aber etwas von der Koalition vorgesetzt bekommen, das man abnicken solle.

Ratsmitglied Hartmann hielt es für wichtig, heute eine Entscheidung zu treffen die den neuen Gegebenheiten entspreche. Eine 50 %-Quote funktioniere nicht, in keiner Stadt in Deutschland. Es sei sinnvoll, der Verwaltung heute einen neuen Auftrag zu geben.

Ratsmitglied Dr. Migl beantragte, die Vorlage nicht abzustimmen, sondern es in den Bauausschuss zu verweisen.

Der Stadtrat lehnte den Verweis in den Bauausschuss mit 18 Ja- und 25 Nein-Stimmen ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 29 Ja-, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs für die Siedlungsentwicklung im Südwesten der Stadt Landau entsprechend der nachfolgenden Darstellungen vorzubereiten.**
- 2. Der Stadtrat stimmt dem Terminplan für das weitere Verfahren zu.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Bauvoranfrage zur Aufstockung des bestehenden Verwaltungsgebäudes auf dem Grundstück Fl. Nr. 1022/17 im Wohnpark Am Ebenberg

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 13. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans C 25 hinsichtlich der für das Gebäude festgelegten Bestandsfestschreibung / Baukörperfestsetzung zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Bauantrag zum Neubau eines Betriebsgebäudes zur Postverteilung auf den Grundstücken Fl. Nrn. 3363/8 und 3886/1 in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 19. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Löffel hielt die Abweichung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes in diesem Fall für äußerst sinnvoll.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes C10a hinsichtlich der Dachflächenbegrünung zuzustimmen, da das Dach zur Photovoltaik-Nutzung vorgesehen wird und mit der Ausgleichspflanzung auf dem Gelände ein deutlicher ökologischer Mehrwert erreicht wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Silbernagel sprach die Berichterstattung zu angeblichen Versäumnissen des Bauamtes im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben in der Schlettstadter Straße an.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass man dieses Thema zwei Mal im Bauausschuss behandelt und sich dafür auch richtig Zeit genommen habe. Das Bauamt habe sehr wohl die Baustelle in Augenschein genommen, so dass es keine Versäumnisse gebe.

Der Vorsitzende ergänzte, dass man den Fraktionen nochmal schriftlich eine Stellungnahme der Verwaltung zukommen lassen werde.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Verabschiedung des ehrenamtlichen Beigeordneten, Herrn Rudi Klemm

Der Vorsitzende begrüßte neben den Ratsmitgliedern auch die weiteren Gäste von Herrn Klemm. Es sei dies heute auch ein Tag der Wehmut, weil man einen engagierten Beigeordneten aus dem Amt verabschiede. In einer Demokratie aber seien politische Ämter immer Ämter auf Zeit, die auf der Basis von politischen Mehrheiten vergeben werden. Diese politischen Mehrheiten hätten sich mit der Kommunalwahl im Mai verändert. Wenn man aber politische Ämter auf Zeit bekomme, dann bedeute dies, dass man auch loslassen können müsse. So sei dies heute auch ein Tag des Dankes an Rudi Klemm für seinen außergewöhnlichen Einsatz den er als Beigeordneter im Ehrenamt für die Stadt Landau erbracht habe, zusätzlich neben seinem Hauptberuf. Als Beigeordneter mit den Geschäftsbereichen Umwelt, Zoo und Büro für Tourismus habe er in den 11 ½ Jahren seiner Amtszeit vieles bewegt. Beispielhaft nenne er nur den Aufbau eines Car-Sharing-Modells, die Förderung von Solarenergie und erneuerbaren Energien, sowie die Erarbeitung eines Klimaanpassungskonzeptes und eines Klimaschutzkonzeptes. Besonders am Herzen habe ihm die Förderung und Intensivierung der Städtepartnerschaften mit Hagenau und Ribeauville gelegen. Er überbringe auch Grüße aus Hagenau an Herrn Klemm verbunden mit dem Dank der französischen Freunde. Rudi Klemm habe sein Amt mit großem Engagement, Fleiß und Sachverstand ausgeführt. Er habe als nicht Verwaltungsmann viele Impulse von außen eingebracht. Mit seiner vermittelnden und sachlichen Art sei er in der ganzen Stadt geachtet. Die Stadt Landau sei Herrn Klemm zu großem Dank verpflichtet.

Oberbürgermeister Hirsch überreichte Herrn Klemm die Dankurkunde der Stadt sowie ein Bild des Künstlers Xaver Mayer und verabschiedete ihn damit aus dem Amt des ehrenamtlichen Beigeordneten.

Herr Klemm bedankte sich für die Unterstützung in den Jahren seiner Amtszeit. Er scheidet heute natürlich mit Wehmut, aber auch mit großer Dankbarkeit aus dem Amt, dass er immer mit Freude ausgefüllt habe. Sein Dank gelte dem Stadtvorstand für die gute und kollegiale Zusammenarbeit und vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Unterstützung. Er habe immer ein offenes Ohr gefunden. Seinem Nachfolger wünsche er eine glückliche Hand und dass er immer so viel Freude an dem Amt habe, wie er in den vergangenen Jahren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Ernennung des 3. ehrenamtlichen Beigeordneten, Vereidigung, Übertragung eines Geschäftsbereiches und Einführung in das Amt

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Grassmann, der in der Sitzung des Stadtrates zuvor mit überzeugender Mehrheit zum neuen ehrenamtlichen Beigeordneten gewählt worden sei.

Oberbürgermeister Hirsch überreichte Herrn Grassmann die Ernennungsurkunde und ernannte ihn damit mit Wirkung vom 28. August 2019 zum 3. Ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt Landau.

Herr Grassmann legte den Amtseid ab.

Oberbürgermeister Hirsch übertrug ihm dann per Verfügung die Leitung des Dezernates IV mit den Geschäftsbereichen Zoo, Büro für Tourismus, Aufsichtsrat Vinothek und Aufsichtsrat Stadtholding.



Die Niederschrift über die 2. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 27.08.2019 umfasst 17 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 90.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter